

Braunschweigische
Wissenschaftliche Gesellschaft

Jahrbuch 2019

Sonderdruck
Seiten 80–98



J. CRAMER Verlag • Braunschweig
2020

Der Niedergang der Volksparteien und der Strukturwandel des Parteiensystems*

Teil II.

ULRICH MENZEL

E-Mail: p.u.menzel@t-online.de

Vorbemerkung

Am 5.7.2019 habe ich in der Plenarsitzung der BWG einen Vortrag gehalten mit dem Titel „Der Umbruch der Parteienlandschaft und der Niedergang der Volksparteien. Empirische Befunde und Analyse der Ursachen und Folgen“. Dieser Vortrag basierte auf einem Aufsatz, der in den Abhandlungen des Jahrbuchs 2018 der BWG erschienen ist.¹ Der Berichtszeitraum von Vortrag und Aufsatz und der darin verwendeten Graphiken und Tabellen endet mit dem Jahr 2017. Da es keinen Sinn macht, das Manuskript eines Vortrags, das bereits erschienen ist, im selben Jahrbuch ein zweites Mal zu veröffentlichen, ist im nachfolgenden Beitrag in Absprache mit der Schriftleitung des BWG-Jahrbuchs eine Fortschreibung der Daten zur Mitgliederentwicklung der Parteien und den Wahlergebnissen der Jahre 2018 und 2019 vorgenommen worden. Da in beiden Jahren keine Bundestagswahl stattgefunden hat, werden hier ersatzweise die Ergebnisse der Europawahl vom 26.5.2019 für die Bundesrepublik und der Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen vom 1.9.2019 und Thüringen vom 27.10.2019 herangezogen. Der Berichtszeitraum endet mit dem Eklat der Wahl des Ministerpräsidenten im Thüringer Landtag am 5.2.2020 und der dadurch ausgelösten Rücktrittskaskade.

* Der Vortrag wurde am 05.07.2019 vor der Plenarversammlung der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft gehalten.

¹ Ulrich Menzel, Der Niedergang der Volksparteien und der Umbruch des Parteiensystems. In: Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft Jahrbuch 2018. Braunschweig 2019, S. 281–320. Darin werden die hier verwandten Begriffe und die Cleavage-Theorie erläutert, die den theoretischen Rahmen für die Analyse der hier verwendeten Daten liefert. Der klassische Aufsatz stammt von Seymour Martin Lipset/Stein Rokkan, Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction. In: Dies. (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspective. New York 1967. S. 1–64.

1. Die Mitgliederentwicklung der Parteien

Die Daten über die Mitgliedschaft der heute im Bundestag vertretenen Parteien über den Zeitraum 1946–2017² zeigen, daß die großen Volksparteien SPD und CDU bis Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre eine starke Zunahme verbuchten, die seitdem von einem kontinuierlichen Rückgang abgelöst wird. Die Wiedervereinigung und der dadurch bedingte Zuwachs an Parteimitgliedern aus den ehemaligen „Blockparteien“ haben diesen Trend nur kurzzeitig unterbrochen. Beide Volksparteien verlieren seit Ende der 1980er Jahre nahezu im Gleichschritt Mitglieder und sind von ihren Höhepunkten 1977 (SPD mit 1.022.191) bzw. 1983 (CDU mit 734.555) bis Ende 2017 auf 443.152 bzw. 425.910 gesunken. Für die kleineren Parteien CSU und FDP gilt dieser Befund abgeschwächt. Für die PDS/Linke ist der Absturz von 280.882 (1990) auf 62.300 (2017) dramatisch. Nur die Grünen haben seit ihrer Gründung 1979 bis 2017 einen kontinuierlichen Zuwachs auf 65.065 und die AFD seit ihrer Gründung 2013 auf 27.621 Mitglieder zu verzeichnen. Ihr schrittweiser Radikalisierungsprozeß hat allerdings mehrfach zu einem beträchtlichen Austausch der Mitgliedschaft geführt.

Tab. 1: Mitgliederentwicklung der Parteien 2017–2019

	2017	2018	2019
CDU	425.910	414.905	407.350
CSU	140.983	138.354	140.880
SPD	443.154	437.754	419.300
Grüne	65.065	75.311	96.487
Linke	62.300	62.016	61.055
FDP	63.050	63.912	65.500
AFD	27.621	33.516	35.100

Quelle: 2017 = Menzel 2019; 2018 = Statista; 2019 = Die Zeit online vom 16.1.2020 (gerundet)

Diese Trends haben sich in den letzten beiden Jahren fortgesetzt. CDU und SPD verlieren weiter im Gleichschritt auf 407.350 bzw. 419.300, der Abwärtstrend der Linken hat sich verlangsamt, FDP und CSU haben geringfügige Zuwächse zu verzeichnen. Die AFD legt zu auf 35.100 Mitglieder, hatte zuletzt aber auch viele

2 Vgl. dazu wie zu allen anderen Rückverweisen Menzel 2019.

Austritte zu verkraften.³ Eigentlicher Gewinner sind die Grünen, die gegenüber 2017 etwa ein Drittel neue Mitglieder gewonnen haben, Ende 2019 bei mehr als 96.000 angelangt sind und 2020 die 100.000 Mitglieder-Marke überspringen werden. Das erste Zwischenfazit lautet: Die unterschiedlichen Trends in der Entwicklung der Mitgliedschaft setzen sich bei allen Parteien nahezu ungebrochen fort. Auffällig ist, daß die Mobilisierungsfähigkeit der Grünen sich gleichermaßen im Zuspruch der Mitgliedschaft wie der Wählerschaft (vgl. Europawahl 2019) ausdrückt, während die AFD trotz ihres Radikalisierungsprozesses eher stärker in der Lage ist, neue Wähler als neue Mitglieder zu gewinnen.

2. Die Wahl zum Europäischen Parlament 2019

Da die von manchen politischen Kommentatoren vermutete vorzeitige Neuwahl zum Bundestag ausgeblieben ist, wird hier ersatzweise die Europawahl vom Mai 2019 für das Gebiet der Bundesrepublik herangezogen. Die langwierigen Koalitionsverhandlungen, erst das Scheitern einer Jamaika-Koalition aus CDU/CSU, FDP und Grünen und dann die mühsame Absprache zu einer sog. Groko, die

Tab. 2: Europawahl 2019 für das Gebiet der Bundesrepublik

	2014		2019	
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
CDU	8.812.653	30,0	8.438.889	22,6
CSU	1.567.448	5,3	2.355.067	6,3
SPD	8.003.628	27,3	5.916.882	15,8
Grüne	3.139.274	10,7	7.677.071	20,5
AFD	2.070.014	7,1	4.104.453	11,0
Linke	2.168.455	7,4	2.056.049	5,5
FDP	986.841	3,4	2.028.594	5,4
Sonstige		8,9		12,9
gesamt/Beteil.	29.843.798	48,1	37.396.889	61,4

Quelle: Bundeswahlleiter

3 Vgl. dazu SPD und CDU verlieren Mitglieder. Zeit online vom 16.1.2020.

gar nicht mehr so groß ist, aus CDU/CSU und SPD, die von großen Teilen der Mitgliederbasis der SPD nur widerwillig akzeptiert wurde, hatten bereits deutlich gemacht, daß der Niedergang der Volksparteien und der Strukturwandel des Parteiensystems auch Konsequenzen für die Regierungsbildung hat. Die Lager schwarz-gelb oder rot-grün sind auf Bundesebene bereits rechnerisch weit davon entfernt, mehrheitsfähig zu sein. Neue Koalitionen wie schwarz-grün oder Dreierkoalitionen werden in Zukunft zur Regel.

Die Europawahl vom Mai 2019 hat im Hinblick auf das Ergebnis für Deutschland diese Feststellung betätigt. Die Groko käme demnach nur auf 44,7 Prozent der Stimmen und hätte keine Mehrheit im Bundestag – ein für die Geschichte der Bundesrepublik noch nie dagewesener Befund. Eine grün-rote (nicht rot-grüne!) Koalition käme nur auf 36,3 Prozent, eine schwarz-gelbe Koalition gar nur auf 34,3 Prozent, wäre damit noch weiter von einer Mehrheit entfernt. Politisch ließe das Ergebnis der Wahl nur eine schwarz-grüne Koalition zu, die mit ihren 49,4 Prozent der Stimmen aufgrund der Umverteilung der Mandate, die auf die Parteien entfallen, die an der Fünf Prozent-Hürde gescheitert sind, nur über eine hauchdünne Mehrheit der Sitze verfügen würde. Setzt sich der Trend bei der nächsten Bundestagswahl fort, würde künftig womöglich nur noch eine Mehrheit unter Einschluß aller „Parteien der Mitte“, so ein neuer politischer Begriff, also aus CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP möglich sein. Die Endphase der Weimarer Republik läßt grüßen. Allerdings sollte man sich nicht von den relativen Zahlen blenden lassen, die immer bemüht werden, um Gewinne und Verluste bei einer Wahl anzuzeigen. Aussagekräftiger sind die absoluten Zahlen.

Im Einzelnen offenbaren die Ergebnisse Besonderheiten, auch wenn Europawahlen wegen der niedrigeren Wahlbeteiligung zu anderen Ergebnissen führen als Bundestagswahlen, da sinkende Wahlbeteiligung eher zu Lasten der alten, ehemals großen Parteien, geht. Hervorzuheben ist, daß die notorisch niedrige Wahlbeteiligung bei Europawahlen sprunghaft von 48,1 Prozent (2014) auf 61,4 Prozent (2019) gestiegen ist. Statt 29,8 Mio. haben 37,4 Mio. Bürgerinnen und Bürger ihre Stimme abgegeben. Diese außerordentliche Mobilisierung mag eine Ursache in dem Brexit-Drama und den Irritationen im Verhältnis zu den USA gehabt haben. Viele wollten vermutlich mit ihrer Stimmabgabe ein Votum für die Europäische Union abgeben. Umgekehrt dürfte das Brexit-Referendum auch die Europaskeptischen hierzulande motiviert haben, für eine europaskeptische Partei, die AFD, zu stimmen. Der Umstand, daß die eigentlichen Wahlgewinner die Grünen waren mit einem Zuwachs von 3,14 Mio. auf 7,68 Mio. Stimmen bzw. von 10,7 auf 20,5 Prozent, ist allerdings der Beleg, daß das kosmopolitische Milieu, aus dem sich Grünen-Wähler und Europabefürworter speisen, weiter gewachsen ist. Diese Beobachtung gilt abgeschwächt auch für die FDP, die von 0,99 Mio. auf 2,03 Mio. bzw. 3,4 auf 5,4 Prozent zugelegt hat. Auch der absolute Zuwachs der AFD von 2,07 auf 4,10 Mio Stimmen ist beträchtlich, ein Indikator, daß auch das populistische Milieu weiterwächst. Angesichts der gestiegenen Wahlbeteili-

gung ist der relative Zuwachs von 7,1 Prozent auf 11,0 Prozent allerdings geringer ausgefallen, als erwartet bzw. befürchtet wurde. Demnach ist das Potential der Europaskeptiker in Deutschland doch geringer als in England oder in manchen kontinentaleuropäischen Ländern wie Italien mit der Lega Nord oder Frankreich mit dem Front National.

Eigentliche Verlierer sind die die „Volksparteien“. Trotz der starken Zunahme der Wahlbeteiligung ging die CDU-Wählerschaft von 8,81 auf 8,44 Mio. zurück. Relativ bedeutet das einen Absturz von 30,0 auf 22,6 Prozent. Bei der SPD ist ein absoluter **und** relativer Absturz von 8,00 auf 5,92 Mio. Stimmen bzw. von 27,3 Prozent auf nur noch 15,8 Prozent zu verzeichnen. Lediglich die CSU konnte ihre Position in Bayern deutlich festigen, was auf regionale Besonderheiten hinweist, die uns bei der Analyse der Landtagswahlen wieder begegnen werden. Die Linke nähert sich mit ihren 2,06 Mio. Stimmen der Fünf Prozent-Hürde.

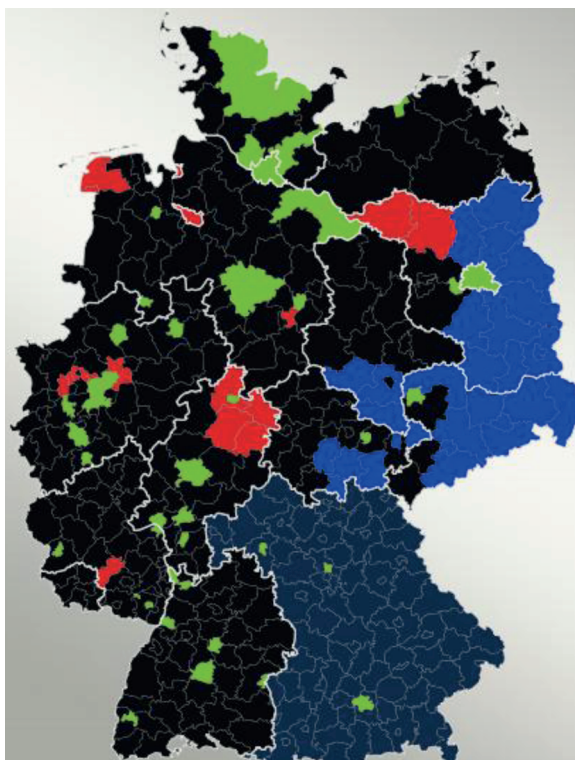


Abb. 1: Stärkste Partei nach Kreisfreien Städten und Landkreisen, Europawahl 2019.
Quelle: Frankfurter Rundschau vom 28.5.2019

Fächert man die Wahlergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen auf und belegt sie mit der Farbe der Partei, die jeweils den höchsten Stimmenanteil erreicht hat, ergibt sich ein strukturelles Profil, das auf der Titelseite einer Tageszeitung mit der Überschrift „Stadt, Land, Ost“ auf den Begriff gebracht wurde.⁴ Demnach haben in fast allen kreisfreien Städten, vor allem in den Metropolen wie Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt, Düsseldorf und Stuttgart, sogar in etlichen Städten des Ruhrgebiets wie Essen und in nahezu allen Universitätsstädten die Grünen die meisten Stimmen bekommen. In Ostdeutschland gilt letzteres immerhin für Leipzig, Jena, Potsdam und Rostock. Demnach ist das kosmopolitische Milieu, passend zur Europawahl, eher ein westdeutsches Phänomen. In den allermeisten Landkreisen, also in der Provinz, haben hingegen CDU und CSU die meisten Stimmen bekommen. Wegen der größeren Flächen der Landkreise dominiert optisch die Farbe schwarz auf der politischen Landkarte. Die Farbe rot ist auf die wenigen der SPD verbliebenen Traditionsinseln reduziert (Nordhessen, nördliches Ruhrgebiet, Ostfriesland, Bremen). Die Farbe blau dominiert im Osten, genauer in Brandenburg östlich von Berlin, in Sachsen nahezu komplett, in Sachsen-Anhalt und Thüringen im Süden. Das populistische Milieu ist demnach eher ein ländlich-provinzielles Phänomen des Ostens. Die Linke ist im Osten von der politischen Landkarte verschwunden.

Die farbliche Verteilung ist eine krasse optische Bestätigung der in dem zitierten Aufsatz aufgestellten These, daß das kosmopolitische Milieu weiter auf dem Vormarsch ist, allerdings mit der darin noch nicht erkannten Einschränkung, daß es sich um ein eher westdeutsches Phänomen handelt, während das populistische Milieu mehr ein ostdeutsches Phänomen ist – namentlich im Osten und Süden des Ostens, während der Norden und Westen des Ostens weniger betroffen sind. Auch aus dieser Erkenntnis bietet es sich an, die Bundesebene zu verlassen und auf die Länderebene herabzusteigen. Leider hat es im Berichtszeitraum nur im Osten Landtagswahlen gegeben, so daß ein aktueller Ost-West-Vergleich auf Länderebene nicht möglich ist.

3. Die Landtagswahlen in den neuen Bundesländern 2019

Beginnen wir mit Brandenburg, das unter allen neuen Bundesländern bezüglich des Wahlverhaltens den alten Bundesländern am nächsten kommt. In Brandenburg hat wie in den beiden anderen ostdeutschen Bundesländern die Wahlbeteiligung erheblich, nämlich von 47,9 auf 61,3 Prozent, zugenommen. Dieser

4 Stadt, Land, Ost. Grüne Metropolen, schwarze Provinz und AFD-Hochburgen im Osten – das Wahlergebnis offenbart ein Deutschland der Gegensätze. In: Frankfurter Rundschau vom 28.5.2019. Diese und die nachfolgenden Karten sind dokumentiert auf der Internetseite der Tagesschau, Unterseite Wahlen.

Tab. 3: Landtagswahlen 2015 und 2019 in Brandenburg/Zweitstimmen

	2015		2019	
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
SPD	315.202	31,9	331.238	26,2
CDU	226.835	23,0	196.988	15,6
Linke	183.178	18,6	135.558	10,7
AFD	120.077	12,2	297.484	23,5
Grüne	60.767	6,2	136.364	10,8
FDP	14.376	1,5	51.660	4,1
ges./Beteil.	1.002.753	47,9	1.280.895	61,3

Quelle: Landeswahlleiter

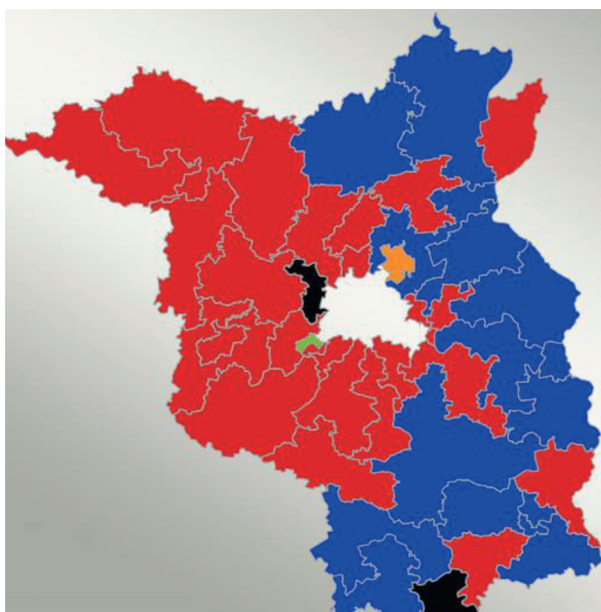


Abb. 2: Direktmandate bei der Landtagswahl in Brandenburg 2019.

Quelle: Landeswahlleiter

eigentlich positive Effekt wird dadurch getrübt, daß nicht alle Parteien, sondern vor allem die AFD aber auch die Grünen und die FDP davon profitieren. Die

AFD legt von 120.077 auf 297.484 Stimmen, die Grünen von 60.767 auf 136.364 Stimmen und die FDP von bescheidenen 14.376 auf 51.660 Stimmen zu. Dennoch bleibt die FDP Splitterpartei in Brandenburg, die an der Fünf Prozent-Hürde scheitert. Die SPD verliert relativ von 31,9 auf 26,2 Prozent und gewinnt absolut geringfügig von 315.202 auf 331.238. CDU und Linke sind relative **und** absolute Verlierer. Die Politische Konsequenz der Landtagswahl ist, daß nur noch eine Dreierkoalition aus SPD, CDU und Grünen, die sog. Kenia-Koalition, mehrheitsfähig ist, wenn man weder mit AFD noch mit der Linken koalieren will. Demnach ist die „politische Mitte“ insgesamt gezwungen, sich zusammenzuraufen. Für rot-rot-grün hätte es mit zusammen 47,7 Prozent selbst in einem ostdeutschen Bundesland nicht gereicht.

Wenn man die Landesebene verläßt und sich auf die Ebene der Wahlkreise be-
gibt, offenbart sich ein überraschender Befund. In fast allen Wahlkreisen westlich von Berlin ist die SPD die stärkste Kraft, in der Mehrheit der Wahlkreise östlich von Berlin die AFD. Die CDU hat gerade zwei Wahlkreise gewonnen, Grüne und Freie Wähler je einen. Die Karte vermittelt fast den Eindruck, als haben sich Westberlin und Ostberlin nach Brandenburg ausgedehnt. Bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2016 hat der Osten von Ostberlin mehrheitlich eher „Ostparteien“ wie Linke und AFD und hat Westberlin eher „Westparteien“ wie SPD, CDU und Grüne gewählt.

Kommen wir zu Sachsen, wo am selben Tage wie in Brandenburg gewählt wurde. Die Trends sind ähnlich, das Gesamtbild unterscheidet sich aber in nicht unwesentlichen Details. In Brandenburg ist die SPD vor der AFD, in Sachsen die CDU vor der AFD die stärkste Partei geblieben.

Tab. 4: Landtagswahlen 2015 und 2019 in Sachsen/Listenstimmen

	2015		2019	
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
CDU	645.414	39,4	695.560	32,1
Linke	309.581	18,9	224.354	10,4
SPD	202.396	12,4	167.289	7,7
AFD	159.611	9,7	595.671	27,5
Grüne	93.857	5,7	187.015	8,6
FDP	61.840	3,8	97.438	4,5
ges./Beteil.	1.659.497	49,1	2.188.486	66,5

Quelle: Landeswahlleiter

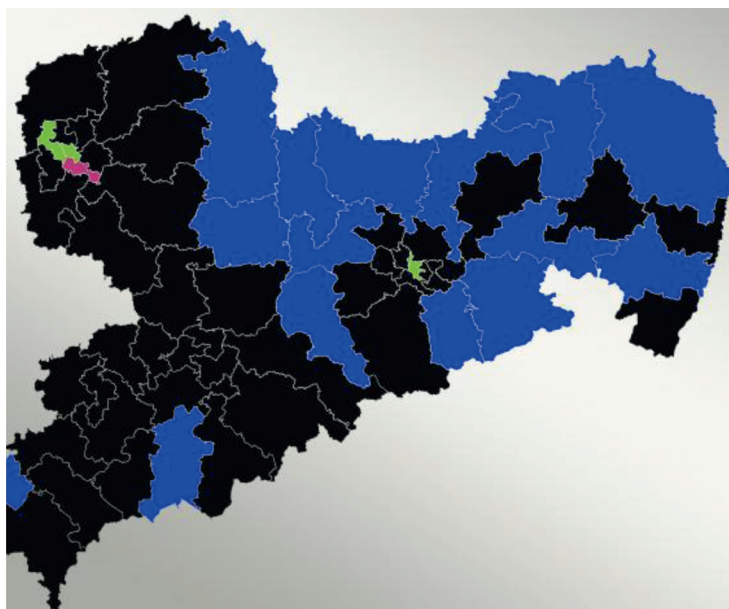


Abb. 3: Direktmandate bei der Landtagswahl in Sachsen 2019.

Quelle: Landeswahlleiter

Auch in Sachsen gibt es eine starke Zunahme der Wahlbeteiligung von 1,66 Mio. auf 2,19 Mio. bzw. 49,1 auf 66,5 Prozent. Auch hier partizipieren daran nicht alle, sondern nur AFD, Grüne und FDP. Auch hier verlieren die CDU relativ und die SPD relativ **und** absolut. Letzteres gilt für die Linke noch dramatischer. Das läßt den Schluß zu, daß der erdrutschartige Zuwachs der AFD von 159.611 Stimmen auf 595.671 Stimmen bzw. 9,7 auf 27,5 Prozent nicht nur durch die Mobilisierung früherer Nichtwähler zustande kommt, sondern sich auch durch eine Wählerwanderung von Linken und SPD speist. Die Grünen verdoppeln sich absolut und gewinnen relativ von 5,7 auf 8,6 Prozent. Die FDP scheitert, obwohl sie ihre Stimmen um ein Drittel steigern konnte, erneut an der Fünf Prozent-Hürde.

Das politische Ergebnis ist wie in Brandenburg die Dreierkoalition der politischen Mitte, nur daß die CDU und nicht die SPD wie in Brandenburg den Ministerpräsidenten stellt. Da man wie in Brandenburg AFD und Linke von der Regierung fernhalten wollte, blieb alternativlos nur das Kenia-Bündnis. Die frühere Logik, daß der Wahlverlierer das Feld räumt und in die Opposition geht und der Wahlgewinner die Regierung bildet, ist außer Kraft gesetzt.

Auch in Sachsen zeigt die Verteilung der Stimmen nach Wahlkreisen signifikante Abweichungen vom Gesamtergebnis, wenn auch nicht so krass wie bei der Europawahl in Sachsen. Im Osten von Sachsen dominiert die AFD, kommt in manchen Wahlkreisen (Bautzen, Görlitz) auf über 38 Prozent der Erststimmen. Im Westen von Sachsen dominiert die CDU, nur unterbrochen von grünen Inseln in Dresden und Leipzig. Die Linke ist nahezu marginalisiert und gewinnt gerade noch einen der Leipziger Wahlkreise, die SPD gar keinen. Demnach gibt es in Sachsen ein zwar kleines, aber doch bemerkenswertes städtisch-kosmopolitisches Milieu, während das viel größere populistische Milieu sich nicht nur in der Provinz, sondern auch in den Städten des Landes ausbreitet.

Bleibt schließlich der komplexe Fall Thüringen. Hier war die Linke 2015 stärkste Partei geworden und vermochte wie in Berlin ein rot-rot-grünes Bündnis ganz knapp mehrheitsfähig zu machen. Die durch die Landtagswahl 2019 hervorgerufenen Verwerfungen sind aber so krass, daß es zu einer politischen Blockade der sich allerdings überlappenden Lager gekommen ist.

Tab. 5: Landtagswahlen 2015 und 2019 in Thüringen/Landestimmen

	2015		2019	
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
CDU	315.104	33,5	241.049	21,7
Linke	265.428	28,2	343.780	31,0
SPD	116.889	12,4	90.987	8,2
FDP	23.359	2,5	55.493	5,0
Grüne	53.407	5,7	57.474	5,2
AFD	99.545	10,6	259.382	23,4
ges./Beteil.	945.927	52,7	1.121.814	64,9

Quelle: Landeswahlleiter

Gleich zu den beiden anderen Landtagswahlen ist nur die gestiegene Wahlbeteiligung von 52,7 auf 64,9 Prozent. Dieser Zuwachs kommt wie in Brandenburg und Sachsen in besonderem Maße der AFD zugute, die einen mächtigen Zuwachs von 99.545 auf 259.382 Stimmen verbuchen kann, aber fast nicht den Grünen, die sogar relativ verlieren. Im Unterschied zu dem Trend in den beiden anderen Ländern kommt er der Linken zugute, die absolut von 265.428 auf 343.780 Stimmen und relativ von 28,2 auf 31,0 Prozent zulegen. Wie in Brandenburg und in Sachsen mag der Amtsbonus des Ministerpräsidenten eine Rolle gespielt haben, zumal Ramelow eine eher sozialdemokratische Linie verfolgt. Da die SPD absolut **und**

relativ und die Grünen relativ verloren haben, reicht es mit zusammen 44,4 Prozent nicht für eine Mehrheit zur Neuaufgabe der alten rot-rot-grünen Koalition. Es reicht aber auch nicht - wie in Brandenburg und Sachsen - für eine Koalition der politischen Mitte, der sog. Simbabwe-Koalition, aus CDU, SPD, Grünen und FDP, die zusammen nur auf 40,1 Prozent käme. Dabei hat es die FDP trotz beachtlichen Zuwachses nur hauchdünn geschafft, mit gerade 73 Stimmen die Fünf-Prozent-Hürde zu nehmen. Es war sogar eine erneute Auszählung ihrer Stimmen notwendig, um das Ergebnis zu bestätigen. Lediglich 74 Stimmen weniger landesweit hätten bedeutet, daß die fünf FDP-Sitze auf die anderen Parteien umverteilt worden wären und es die alte Koalition womöglich mit einem Sitz Mehrheit geschafft hätte. Das Dilemma, das mit seinen bundesweiten Auswirkungen folgte, wäre ausgeblieben.

Konsequenz der Konstellation war eine taktisch motivierte Hängepartie, weil aus den genannten Gründen keine mehrheitsfähige Koalition zustande kommen konnte. Was folgte, war der Eklat des dritten Wahlgangs zur Wahl des Ministerpräsidenten im Thüringer Landtag am 4.2.2020, der die gesamte Republik erschütterte. Nicht der alte Ministerpräsident ging daraus als relativer Sieger hervor, um die alte Koalition als Minderheitenregierung fortzusetzen, sondern der erst im dritten Wahlgang nominierte und bis dato gänzlich unbekannte Kandidat der FDP Kemmerich, der in der geheimen Wahl zwar auch keine absolute Mehrheit erzielte, aber eine Stimme mehr als Ramelow, weil CDU und AFD für ihn gestimmt haben. Die AFD hatte sich als taktisch versierter als FDP und CDU erwiesen, indem sie ihrem eigenen Kandidaten im dritten Wahlgang keine einzige Stimme gab. Anschließend war die Empörung bundesweit groß und einhellig, war die Rede vom Tabubruch und der eingerissenen Brandmauer, weil sich ein Kandidat der politischen Mitte mit Hilfe der AFD hat wählen lassen und die Wahl auch angenommen hat. Eine Ministerliste konnte der Überrumpelte nicht vorweisen. Deshalb beantragte er nach seiner Vereidigung die Vertagung der Sitzung, die wieder und diesmal in offener Abstimmung mit den Stimmen von FDP, CDU und AFD durchging. Bereits am nächsten Tag mußte er dem öffentlichen und parteiinternen Druck weichen und seinen Rücktritt ankündigen, den er wieder einen Tag später nach letzten vergeblichen Ränkespielen auch vollzogen hat. Inzwischen ging es auch um den Kopf der Bundesvorsitzenden. Lindner von der FDP konnte seinen retten, weil er Kemmerich erfolgreich zum Rückzug gedrängt hatte. Kramp-Karrenbauer, die auch nach Erfurt geeilt war, um ihre Partei zu Neuwahlen zu bewegen, gelang das nicht und hat ihr den Kopf gekostet. Ein Funke kann einen Streifenbrand auslösen.

Es geht in diesem Aufsatz um Analyse und nicht um politische Moral, also nicht um Schuldzuweisung, wer welchen Fehler gemacht hat, wer verantwortlich ist für den Eklat, wer im Vorfeld mit wem welche Absprachen getroffen hat, wer sich als taktisch versiert und wer als naiv erwiesen hat, welche persönlichen Ambitionen nicht nur im Landtag, sondern auch bei den Berliner Parteizentralen im Spiel

waren und inwieweit diese eingebunden waren. Es geht hier nur um die Analyse der strukturellen Aspekte. Der entscheidende Punkt ist, daß AFD und Linke in Thüringen zusammen 54,4 Prozent der Stimmen erreicht haben, weit mehr als eine Simbabwe-Koalition aller Parteien der Mitte zusammen. In Sachsen sind es „nur“ 37,9 Prozent und in Brandenburg „nur“ 34,2 Prozent, ist dort eine Koalition der Mitte also möglich. Die „Volksparteien“ CDU **und** SPD haben in Thüringen absolut **und** relativ gegenüber der Landtagswahl von 2015 verloren und kommen **zusammen** nur auf 29,9 Prozent. Damit ist zum ersten Mal in einem Bundesland eine Situation gegeben, die fatal an das Ende der Weimarer Republik erinnert, als NSDAP und KPD im Reichstag bei der Juli-Wahl 1932 zusammen auf 52,0 Prozent gekommen sind. Daß diese Konstellation ausgerechnet in Thüringen zustande gekommen ist, dem ehemaligen „Mustergau“ der NSDAP, wo bereits 1932 die erste von der NSDAP geführte Landesregierung in Koalition mit dem konservativen Landbund gebildet wurde, ist eine besonders pikante Fußnote. Bei der Landtagswahl vom 31.7.1932 errang die NSDAP 42,49 Prozent, der Landbund 8,35 Prozent, was eine knappe Mehrheit von 26 + 6 Sitzen im 61 Sitze umfassenden Landtag ergab. Thüringen war also bereits Ende der Weimarer Republik eine Hochburg der NSDAP. Heute zeichnet sich gerade die Thüringer AFD mit ihrem „Flügel“ durch besonders radikale Positionen aus.

Auch wenn die schlichte Gleichsetzung von AFD und NSDAP (wie auch KPD und Linke) nicht zulässig ist, so scheint es in Thüringen doch Kontinuitäten zu geben, gibt die Duplizität der Ereignisse doch zu denken. Der fundamentale Unterschied zum Ende der Weimarer Republik ist allerdings, daß wir keine Weltwirtschaftskrise und keine Massenarbeitslosigkeit haben. In Thüringen ist wie in Sachsen die Umstrukturierung der Wirtschaft gegenüber den drei anderen ostdeutschen Bundesländern deutlich weiter vorangeschritten. Es gibt auch keinen krisengeschüttelten Braunkohletagebau. Die Arbeitslosenquote in Thüringen lag Ende 2019 bei etwa 5 Prozent, faktisch gleichbedeutend mit Vollbeschäftigung.

Daß das Land gegenüber den anderen ostdeutschen Bundesländern ein spezieller Fall ist, zeigt auch die regionale Verteilung der Wahlergebnisse, wobei hier nicht die Ebene der Wahlkreise, sondern der Städte bzw. Gemeinden betreten wird. In Thüringen gibt es keine Ost-West-Spaltung wie in Brandenburg oder Sachsen, sondern eine heterogene Gemengelage von mehrheitlich violetten (Linke), blauen (AFD) und an den Rändern des Landes schwarzen (CDU) Wahlkreisen – ein politisches Mosaik, das in den westlichen Bundesländern unvorstellbar wäre. Lediglich das tiefschwarze Eichsfeld im Nordwesten von Thüringen läßt sich mit der Cleavage-Theorie erklären. Das Eichsfeld ist die katholische Enklave im ansonsten evangelisch-lutherischen Thüringen, das nach dem Augsburger Religionsfrieden von 1555, da zu Kurmainz gehörend, der Gegenreformation ausgesetzt war. Selbst die kirchenfeindliche Zeit der DDR hat die katholische Prägung nicht verschwinden lassen. Deshalb wird im Eichsfeld heute mehrheitlich CDU gewählt

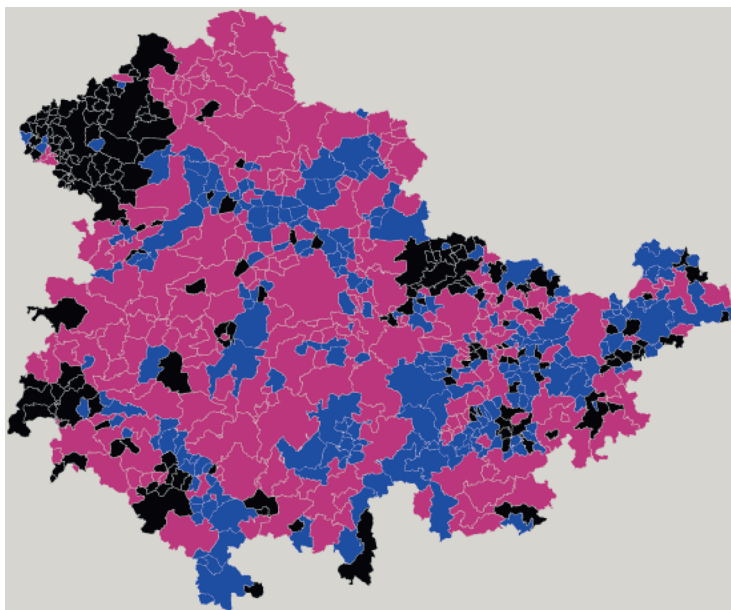


Abb. 4: Zweitstimmen/Stärkste Kraft Landtagswahl in Thüringen 2019.

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

wie in der Weimarer Republik oder im Kaiserreich Zentrum. Ein nennenswertes kosmopolitisches Milieu hat sich, abgesehen von der Universitätsstadt Jena, nicht gebildet. Die Grünen haben gerade die Fünf Prozent-Hürde genommen, wenn auch nicht ganz so knapp wie die FDP. Die SPD nähert sich mit ihren 8,2 Prozent dieser Hürde. Die CDU ist mit 21,7 Prozent weit entfernt von einer Volkspartei. Dieses Attribut kann am ehesten noch die Linke mit 31,0 Prozent für sich in Anspruch nehmen. Ansonsten läßt sich konstatieren, daß sich in Thüringen das populistische Milieu überall – in Stadt und Land – ausbreitet und dazu noch den Resonanzboden für den radikalen „Flügel“ der AFD bildet.

Woran liegt es also, daß der Niedergang der Volksparteien und der Strukturwandel des Parteiensystem in Thüringen ein solches Ausmaß erreicht haben, daß eine strukturelle gegenseitige Blockade gegeben ist? Neuwahlen allein dürften diese nicht auflösen, sondern die Blockade sogar noch verfestigen. Um sie aufzubrechen, muß entweder die Linke, nicht nur als Junior-Partner, sondern als Dominante in einem Mitte-Links-Bündnis auch von den bürgerlichen Parteien rechts der Mitte akzeptiert werden und damit auch, daß sie im Osten mit dem Aussterben der alten Parteikader ihre SED-Vergangenheit hinter sich gelassen hat, oder die

AFD wird als ein irgendwie fungierender Partner für ein Mitte-Rechts-Bündnis denkbar. Besonders pikant an der zweiten Alternative ist, daß dieser Tabubruch 1930 schon einmal in Thüringen vollzogen wurde, als die NSDAP erstmals (und zeitgleich mit dem Land Braunschweig⁵) in einer Mitte-Rechts-Koalition Teil der Landesregierung wurde. Aber auch die direkte oder indirekte Unterstützung eines Ministerpräsidenten der Linken ist aus Sicht von CDU und FDP ein Tabubruch. Im konkreten Fall haben so oder so CDU und FDP den schwarzen Peter. Auch in dieser Hinsicht würde Deutschland, wenn auch bislang nur in einem Bundesland, das nachvollziehen, was in anderen europäischen Ländern bereits gang und gäbe ist. Man denke nur an die Koalition von Lega und 5 Sterne in Italien oder die Koalition von ÖVP und FPÖ in Österreich, von Polen oder Ungarn ganz zu schweigen, wo es gar keine klare Abgrenzung nach rechts im Parteienspektrum gibt.

Woran liegt es also, wenn weder die klassische Cleavage-Theorie mit ihren vier gesellschaftlichen Bruch- oder Konfliktlinien aus Kapital und Arbeit, Staat und Kirche, Stadt und Land sowie Mehrheits- und Minderheitengesellschaft, noch deren Modifizierung durch die neuen Spaltungen in Ökonomie und Ökologie bzw. Gewinner und Verlierer der Globalisierung als Erklärung ausreichen? Sind vielleicht noch andere, womöglich weiter zurückreichende Faktoren am Werk, die es nötig machen, regionale Besonderheiten zu berücksichtigen?

Einen verblüffenden Hinweis in diese Richtung gibt die regionale Verteilung der Ergebnisse der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern aus dem Jahre 2016. Die nach Wahlkreisen gegliederte Karte zeigt eine politische Spaltung des Landes, die nahezu identisch ist mit der Grenze zwischen den bis 1945 bestehenden Ländern Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz gegenüber Vorpommern, das bis 1945 zur preußischen Provinz Pommern gehörte. Westlich der Grenze haben **alle** Wahlkreise mehrheitlich SPD gewählt, östlich der Grenze im westlichen Vorpommern hat die CDU die meisten Wahlkreise gewonnen und im östlichen Vorpommern die AFD. Es gehört nicht viel Phantasie zu der Erwartung, daß bei der Landtagswahl 2020 diese Grenze noch härter in Erscheinung tritt und in ganz Vorpommern mehrheitlich AFD gewählt wird. Mit wirtschaftlichen Faktoren allein kann dies Spaltung nicht erklärt werden, profitiert das Land doch vom Tourismus-Boom an der Ostsee. Das gilt insbesondere für die Küste und die Inseln Rügen und Usedom mit der Renaissance der Kaiserbäder. Trotzdem gewinnt die AFD in Usedom das Direktmandat. Demnach zieht sich von Vorpommern über Brandenburg östlich von Berlin bis nach Sachsen entlang der polnischen Grenze ein breiter und sich verfestigender Streifen von Wahlkreisen, die mehrheitlich an die AFD gehen. Werfen wir noch einen Blick auf Sachsen-Anhalt.

⁵ Vgl. dazu Ulrich Menzel, Die Einbürgerung Hitlers im Freistaat Braunschweig und deren Konsequenzen. In: Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft Jahrbuch 2014. Braunschweig 2015, S. 38-59.

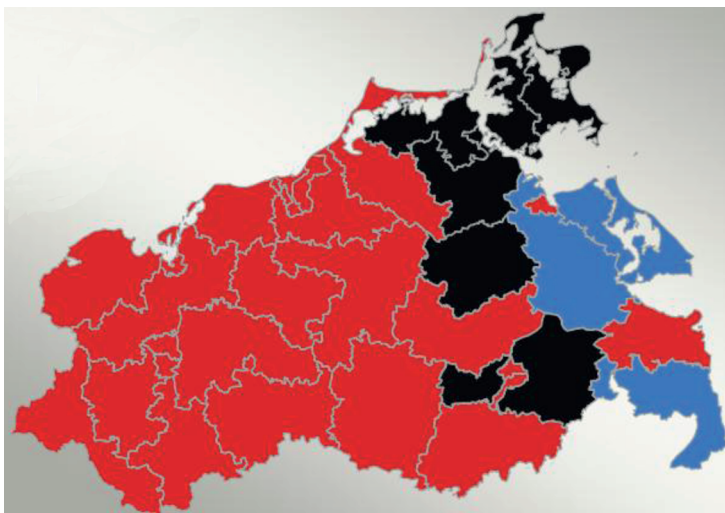


Abb. 5: Wahlkreisergebnisse Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2016.
Quelle: Landeswahlleiter

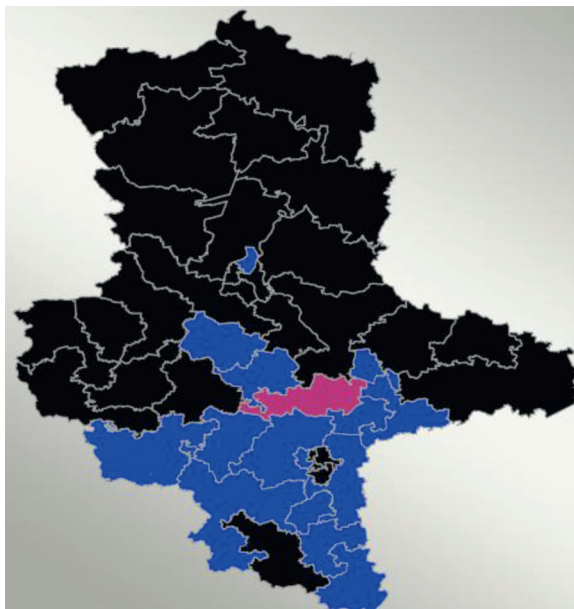


Abb. 6: Wahlkreisergebnisse Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2016

Dort gibt es, anders als in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg oder Sachsen, keine Ost-West-, sondern eine Nord-Südpaltung auf der politischen Landkarte. Die Wahlkreise südlich von Magdeburg werden von der AFD, die Wahlkreise im Norden von der CDU gewonnen. Anders als in Mecklenburg-Vorpommern könnten hier der bedrohte Braunkohleabbau und die darauf basierenden Braunkohlekraftwerke und Chemische Industrie eine Erklärung liefern. Handelte es sich doch zu DDR-Zeiten um deren Energie- und Chemiezentrum, das nach der Wende unter Druck geriet. Für das (katholische) rheinische Braunkohlerevier mit seiner Chemischen Grundstoffindustrie gilt diese Erklärung nicht, wird dort mehrheitlich CDU gewählt, tritt dort die AFD nicht besonders in Erscheinung.

4. Der Osten tickt anders

Angesichts der nicht zu leugnenden erheblichen Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern und sogar innerhalb der neuen Bundesländer muß die Analyse der empirischen Befunde der beiden letzten Jahre differenzierter ausfallen als bei dem zitierten Aufsatz von 2019. Bestätigt, ja sogar bekräftigt, hat sich die These vom Strukturwandel des Parteiensystems und vom Niedergang der Volksparteien. CDU und SPD waren bei den Wahlen des Jahres 2019 die großen Verlierer, Grüne und AFD die großen Gewinner. Damit bestätigt sich auf den ersten Blick die Erklärung, daß die alten gesellschaftlichen Cleavages, an denen sich Volksparteien zu orientieren haben, stumpf geworden sind, und daß die Milieus, in die sie eingebettet sind, zerbröseln. Letzteres ist allerdings in den neuen Bundesländern in viel stärkerem Maße der Fall als in den alten Bundesländern und eine Bestätigung für den oft gehörten Satz „Der Osten tickt anders“. Dieses „Andere“ besteht darin, daß dort in der Phase der SED-Herrschaft alle traditionellen Milieus zwangsweise ausgetrocknet wurden. Das gilt nicht nur für das kirchliche Milieu, es gilt paradoxerweise trotz des Etiketts „Arbeiter- und Bauernstaat“ auch für das gewerkschaftliche Milieu, gab es doch keine freien Gewerkschaften, Genossenschaften und sonstigen Vereine der Arbeiterbewegung, kein ländlich-bäuerliches Milieu als Rückhalt einer konservativen Partei und auch kein städtisch-gewerbliches Milieu als Rückhalt einer liberalen Partei. Was es gab, waren Staatsbetriebe, in denen qua Definition der Gegensatz von Kapital und Arbeit aufgehoben war, und LPGs, in denen die Bauern zwangsweise Mitglied zu sein hatten. Die Reste von Zivilgesellschaft, etwa in den kirchlichen Räumen, standen unter scharfer Kontrolle der Staatssicherheit und konnten sich nicht parteipolitisch äußern. Die Blockparteien waren nur eine Parteienkarikatur.

Insofern gilt die Cleavage-Theorie in der klassischen wie in der modifizierten Form eher für die alte Bundesrepublik. Das kosmopolitische Milieu hat sich im Westen ganz anders etablieren können als im Osten, weil es auf einen Vorlauf bis 1968 zurückreicht. Auch das populistische Milieu im Westen unterscheidet sich

strukturell von dem im Osten, wird es doch im Westen durch die Verlierer der Globalisierung, im Osten durch die Verlierer der Wiedervereinigung gebildet. Die AFD im Westen ist bislang eher eine Randgruppe, während sie im Osten in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Die Feststellung gilt gleichermaßen für die Linke. Im Westen spielt sie eine Randexistenz, im Osten konnte sie sich lange auf die Hinterlassenschaften der SED mit ihren Vorfeldorganisationen stützen. In dem Maße, wie diese zerbröseln, schrumpft auch die Linke. Folge ist eine heimatlos gewordene Wählerschaft, die sehr volatil ist und problemlos zur AFD wechseln kann. Im Westen gibt es dieses Phänomen zwar auch, ist aber geringer ausgeprägt. Umgekehrt war die Zeit seit der Wende viel zu kurz, um die alten kirchlichen, gewerkschaftlichen, ländlichen und städtisch-bürgerlichen Milieus wieder zu beleben, die die CDU, die SPD oder gar die FDP tragen könnten. Insbesondere die FDP ist im Osten eine bloße Splitterpartei. Einzig die Bürgerrechtsbewegung aus der Endzeit der DDR hat die Grundlage eines, allerdings kleinen, kosmopolitischen Milieus gebildet, auf das sich die Grünen im Osten heute stützen können.

Eine wesentliche Erklärung, daß der Strukturwandel des Parteiensystems im Osten so viel weiter fortgeschritten ist als im Westen ist demnach die gesellschaftliche Prägung durch die SED, die zum Ziel hatte, das Bürgertum wie die Arbeiterbewegung wie die bäuerliche Gesellschaft zum Verschwinden zu bringen. Hinzu kommt der Umstand, daß die ostdeutsche Bevölkerung 1945 geradewegs von einem totalitären System ins nächste gewechselt ist, während es im Westen einen doppelten Kulturbruch, erst durch die anglo-amerikanische Besatzung und dann durch die 68er-Bewegung gab. Im Westen konnte sich der Strukturwandel der Gesellschaft im Einklang mit anderen westlichen Gesellschaften vollziehen mit vergleichbaren Konsequenzen für das Parteiensystem. Im Osten wirkt die autoritäre Tradition fort, sind die neuen Bundesländer vergleichbar mit anderen ehemaligen „Ostblockstaaten“. Gerade Polen und Ungarn sind Beispiele, wo sich nach der Transformation der Jahre 1989/90 keine liberalen bürgerlichen Gesellschaften etabliert haben, sondern autoritäre Parteien mehrheitsfähig geworden sind. Für Putins Rußland gilt das umso mehr. Insofern war es naiv, einfach die westdeutschen Parteien nach Osten auszudehnen oder gar die Blockparteien en bloc zu integrieren. Die Cleavage-Theorie hat gelehrt, daß Parteien nur dann zu Massenparteien im Sinne von Mitgliedschaft und Wählerschaft werden, wenn sie sich an den genannten Cleavages orientieren und auf korrespondierende Milieus stützen können.

Wenn man noch weiter in die Geschichte zurückblickt, erkennt man, daß die Elbe eine alte Grenze in Deutschland markiert. Im Westen der Einfluß der französischen Aufklärung, im Osten der autoritäre Preußische Staat und die „ostelbische“ Gutswirtschaft. Östlich der Elbe hat es nie eine umfassende Bauernbewegung gegeben, sind die abhängigen Bauern nach einem kurzen Intermezzo vom Gutsbezirk in die LPG gewechselt. Insofern ist es nicht verwunderlich, daß erst die

PDS/Linke, solange das SED-Erbe noch wirksam war, und jetzt die AFD dieses Vakuum füllen. Die AFD ist im Osten breiter aufgestellt und radikaler als im Westen und propagiert dort einen dumpfen Populismus, der an autoritäre Traditionen anzuknüpfen vermag, die aus den genannten Gründen im Osten ungebrochen sind. Insofern ist, wie jüngste Studien zeigen, die Demokratieskepsis im Osten auch viel verbreiteter als im Westen.⁶

Neben dieser grundsätzlichen Erklärung gibt es regionale Besonderheiten. Dazu gehört die Strahlkraft von Berlin, genauer des ehemaligen Westberlins, und die Ausbreitung eines Westberliner Speckgürtels in den Westen von Brandenburg. Dazu gehört die nicht nachvollziehbare West-Ost-Grenze zwischen Mecklenburg und Vorpommern, die sich in Brandenburg und quer durch Berlin bis nach Sachsen fortsetzt. Der nicht zu leugnende empirische Befund lautet: Je weiter ein Wahlkreis im Osten liegt, desto höher ist der Stimmenanteil der AFD. Da Sachsen-Anhalt und Thüringen im Westen des Ostens liegen, gilt dort der Befund nicht. Die Besonderheit des parteipolitischen „Flickenteppichs“ Thüringen ist womöglich, daß sich hier eine rechtsradikale Tradition aus der Endphase der Weimarer Republik erhalten hat, die latent sogar die DDR-Zeit überdauern konnte. Für die katholische Tradition des Eichsfelds gilt das jedenfalls. Warum nur in Thüringen die Linke stabil bleibt, sogar 2019 zur stärksten Partei werden konnte, ist im Licht der strukturellen Erklärungen nicht nachvollziehbar.

5. Fazit

Bezogen auf die gesamte Bundesrepublik bleibt festzuhalten: In den Jahren 2018/19 hat sich der Strukturwandel des Parteiensystems fortgesetzt. Die SPD hat definitiv den Status einer Volkspartei verloren, ist im Westen wie im Osten in vielen Regionen auf den vierten oder gar fünften Platz im Parteiensystem abgesunken. Die CDU bewegt sich tendenziell in die gleiche Richtung – im Osten stärker als im Westen, was eine Neuauflage der Groko im Bund und in den neuen Bundesländern für die Zukunft ausschließt. Wahrscheinlich werden auf Bundesebene wie in den westlichen Bundesländern schwarz-grüne Koalitionen, die von Fall zu Fall durch weitere Parteien der Mitte (SPD, FDP) verstärkt werden müssen, wenn die Parteien an den Rändern des Spektrum zu stark werden. Damit verändert sich auch der Charakter von Koalitionsverhandlungen. Es geht nicht darum, alternative Koalitionen auszuloten, sondern darum, wie die Interessen der durch die Wahlarithmetik bestimmten Koalitionäre zum Ausgleich gebracht wer-

⁶ Siehe die jüngste Langzeituntersuchung der Konrad Adenauer-Stiftung, die zeigt daß die Demokratiezufriedenheit im Westen fast doppelt so hoch ist wie im Osten. Vgl. dazu den Bericht Drei von zehn Ostdeutschen mit Demokratie unzufrieden in: Frankfurter Rundschau vom 8./9.2.2020.

den. Eine Simbabwe-Koalition folgt dem Schweizer Modell, bei dem, egal wie die Wahl ausgegangen ist, immer alle Parteien an der Regierung beteiligt werden. Anlass zur Sorge um den Bestand der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gibt allerdings die Tendenz, daß es mancherorts keine rechnerische Mehrheit der Parteien der Mitte mehr gibt, wie aktuell in Thüringen der Fall. Das ist der strukturelle Hintergrund, warum es doch eine Parallele zur Endphase der Weimarer Republik gibt, als konservative Politiker mit der NSDAP kooperierten in der Hoffnung, diese für ihre Ziele und Interessen instrumentalisieren zu können. Genau andersherum ist es gekommen.